

Hannes Androsch

Ein Profi-Heer für Österreich



Foto: AIC, Gerhard Heller

Die Regierungsparteien sind übereingekommen, am 20. Jänner 2013 eine Volksbefragung über die Zukunft des Österreichischen Bundesheeres und die Einführung eines Berufsheeres abzuhalten. Ohne auf das Prozedere eingehen zu wollen, bin ich davon überzeugt, dass sich das aktuelle System – jenes der allgemeinen Wehrpflicht – überlebt hat und trotz eines gesunden Kernes mehr als unzweckmäßig und damit unbefriedigend ist.

Mit wenigen Ausnahmen, wie zum Beispiel am westlichen Balkan, erfreuen wir uns in Europa nunmehr bald 70 Jahre eines relativen Friedens. Was dies bedeutet, zeigt ein Vergleich mit den so blutigen und opferreichen Jahren vom Deutsch-Französischen Krieg bis zum Zweiten Weltkrieg bzw. die Jahrhunderte davor. Unsere Friedenszeit ist dem Sicherheitsschirm der USA und der europäischen Integration zu danken. So ist auch der Kalte Krieg mit dem Fall der Berliner Mauer und dem Ende des Sowjetimperiums friedlich zu Ende gegangen. Wir brauchen seither nicht mehr die Panzer oder die Stiefel fremder Armeen auf unserem Staatsgebiet zu fürchten. Allerdings sind in der Zwischenzeit andere sicherheitspolitische Gefahren und Herausforderungen entstanden. Dazu gehört die Bedrohung durch terroristische Angriffe, die Verbreitung von Massenver-

nichtungswaffen, das Streben nach Ressourcensicherheit, unerwünschte Migration aus anderen Regionen, Naturkatastrophen oder Cyber-Attacks. Dies sind die Problemstellungen einer gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, zu der jedes Mitglied und damit auch Österreich im wohlverstandenen Eigeninteresse einen angemessenen Beitrag leisten muss. Kein einziges EU-Mitgliedsland kann diese Herausforderungen heute alleine lösen. Die USA haben in der Zwischenzeit andere Orientierungsschwerpunkte und Probleme, sodass sich Europa wohl auch sicherheitspolitisch emanzipieren und mehr Verantwortung für die eigene Sicherheit übernehmen muss. Dementsprechend ist den sicherheitspolitischen Herausforderungen und Aufgaben in einem europäischen Kontext Rechnung zu tragen. Damit ist aber auch die Sinnfrage, ob wir ein Bundesheer benötigen, eindeutig beantwortet. Davon geht auch die neue Österreichische Sicherheitsstrategie der Bundesregierung vom März 2011 aus. Sie ist aus dem 2010 vorgelegten Bericht der Bundesheerreformkommission (Zilk-Kommission) hervorgegangen. Es gilt – auf die heutige Zeit bezogen – der Grundsatz, dass jedes Land eine Armee hat, entweder die eigene oder eine an-

dere. Dies aber heute bei allenfalls asymmetrischen kriegerischen Auseinandersetzungen bzw. Gefahren, die uns von außerhalb der eigenen Region bedrohen oder bedrohen können. Es ist dabei wohl auch den militärtechnologischen Entwicklungen Rechnung zu tragen.

Die komplexen neuen Aufgaben erfordern flexibel einsetzbare, hochprofessionelle und rasch verfügbare Streitkräfte. Die Zeit des Kalten Krieges, in welcher sich Massenheere gegenüberstanden, ist erfreulicherweise Geschichte. Wir benötigen heute vielmehr Profis und Spezialisten in allen Sicherheitsbereichen. Dies erfordert eine entsprechende professionelle Ausbildung und Qualifikation, verbunden mit ständigem Training. Mit einem zwingenden Wehrdienst von wenigen Monaten ist dies nicht zu erreichen, auch wenn das Bemühen der Ausbilder noch so groß sein mag.

Der durch die Reduktion des Grundwehrdienstes auf sechs Monate systembedingte inakzeptabel hohe Anteil von 60 Prozent an sogenannten Systemerhaltern kommt erschwerend dazu. In Zahlen bedeutet das, dass von jährlich etwa 24.000 einberufenen jungen Männern über 14.000 keine soldatische Verwendung finden. Gerade dieser Aspekt löst bei vielen jungen Männern berechtigterweise Frustration aus. Mehr Köche als Pioniere und mehr Kellner als Infanteristen bedürfen wohl keiner weiteren Kommentierung. Selbst für die Rekruten bei der Truppe ergibt sich nach der zweimonati-

gen Grundausbildung eine reine Nutzungszeit von vier Monaten (und auch hier nur für Einsätze geringer Intensität).

Durch den hohen Verwaltungs- und Ausbildungsaufwand wird das Bundesheer auf dem Weg zur erforderlichen Einsatzarmee blockiert. Das System ist daher „ausgereizt“ und bedarf einer grundlegenden Reform. Eine Beibehaltung der Wehrpflicht bzw. eine nochmalige Verkürzung des Grundwehrdienstes würde uns dabei nicht weiterbringen, sondern das „Hamsterrad“ der Ausbildung prolongieren, um nicht zu sagen, beschleunigen. Überdies käme auch niemand auf die Idee, statt der Berufspolizei von 26.000 Angehörigen, deren Kosten ja bekannt sind, eine allgemein verpflichtende Bürgerwehr einzurichten. Dies gilt auch für andere öffentliche Dienstleistungen, die nicht sinnvoll erfolgen könnten, wenn alle paar Monate ein umfassender Personalwechsel stattfinden würde. Heute rücken im Jänner Rekruten ein, damit vier Monate später wieder Rekruten ausgebildet werden können, die allesamt nie zum Einsatz gelangen. Selbst für die Katastrophenhilfe kommt auf sechs Monate Grundwehrdienst im Durchschnitt ein Tag im Einsatz. Betriebswirtschaftlich ist das aktuelle System folglich nicht zu rechtfertigen. Es herrscht ein ständiges Kommen und Gehen von Mitarbeitern mit einem hohen Aufwand für deren Ausbildung bei gleichzeitig wenig Nutzen. Volkswirtschaftlich stellt die allgemeine Wehrpflicht ohnehin eine schwere Belas-

tung für die Republik dar. Der Grundwehrdienst kostet uns jährlich zumindest 430 Millionen Euro. Alleine die ineffektive Ausbildung der Rekruten belastet das Heeresbudget mit über 200 Millionen Euro. Dazu kommen 160 Millionen durch Ausfälle an Lohnsteuer und Sozialversicherungsabgaben. Weitere 70 Millionen muss das Sozialministerium an Pensionsbeiträgen aufbringen. Eine Umstellung in Richtung Berufsheer würde zudem verhindern, dass der junge Wehrpflichtige aus seinem Arbeits- bzw. Bildungsprozess gerissen wird und durch den verspäteten Berufseinstieg ein verringertes Lebens Einkommen von bis zu fünf Prozent hinnehmen muss. Kein Wunder, wenn der Großteil der Betroffenen ihren Wehrdienst, bei dem diese alles, was sich bewegt, grüßen und alles, was sich nicht bewegt, putzen müssen, als karrierehemmenden Einkommens- und Zeitdiebstahl, als eine „Wehrnaturalsteuer“ betrachtet. Daher haben von den 27 EU-Mitgliedstaaten inzwischen 21, darunter Großbritannien, Frankreich, Italien, Irland und zuletzt Deutschland und Schweden, ein freiwilliges Berufsheer eingerichtet. Gerade die Beispiele des neutralen Irlands sowie des blockfreien Schwedens zeigen, dass die Neutralität durch Etablierung eines Profi-Heeres nicht berührt wird. Es besteht keinerlei Zusammenhang zwischen Berufsarmeen und einer NATO-Mitgliedschaft, so war es auch Wehrpflichtigenarmeen möglich, über Jahrzehnte Teil dieses Verteidigungsbündnisses zu sein.

Der Schritt in Richtung Professionalisierung der Landesverteidigung ist auch bei uns überfällig. Dies gilt ebenso für den hochqualifizierten Katastropheneinsatz durch Pioniereinheiten. Auch hier bedarf es der entsprechenden Qualifikation und Professionalität, um mit den hochtechnischen Pioniermaschinen umgehen zu können, aufgefundene Chemiegranaten zu bergen und zu entsorgen sowie gefährliche Lawineneinsätze oder herausfordernde Hubschrauberbergungen durchzuführen.

Das Bundesheer der Zukunft ist ein schlankes, effizientes und professionelles Heer ohne Wehrpflicht. Die damit verbundenen Aufgaben werden durch ein Berufsheer bestmöglich erfüllt. So hat schon vor einiger Zeit LH Dr. Erwin Pröll erklärt: „An einem Berufsheer führt kein Weg vorbei.“ Es braucht sich folglich niemand vor dem notwendigen Systemwechsel zu fürchten.

Selbst das von Wehrpflichtbefürwortern ständig strapazierte Argument, das Bundesheer schade keinem jungen Staatsbürger, lerne er dort doch Disziplin und Ordnung und entwickle ein Gemeinschaftsgefühl, gilt nur sehr begrenzt. Um dem zustimmen zu können, müssten folglich alle 18-jährigen Österreicherinnen und Österreicher einer militärischen Ausbildung zugeführt werden. Wahr ist vielmehr, dass der Wehrdienst nur für einen Teil der männlichen Bevölkerung gilt – an dieser Stelle sei gesagt, dass ich eine Ausweitung des Grundwehrdienstes auf Frauen ent-

schieden ablehne – und von diesem wiederum die Hälfte untauglich ist oder sich für den Zivildienst entscheidet.

Aus dem 1973 aus Respekt vor Gewissensgründen entstandenen Zivildienst ist ein großer Sozialhilfedienst entstanden. Damals und bis vor Kurzem wurde der Zivildienst als Wehersatzdienst als Drückebergerei von jenen verunglimpft und verspottet, die jetzt so tun, als ob es den eigentlichen Wehrdienst nur gäbe, damit wir einen Wehersatzdienst haben können. Mit diesem übernehmen unsere Sozialhilfeorganisationen wichtige Aufgaben, die ansonsten die dafür zuständigen Länder oder Gemeinden im Pflegebereich, im Krankentransport oder Rettungswesen zu erfüllen hätten. Aber auch hier ist ein Mindestmaß an Professionalität erforderlich, um Verschwendung von Humanressourcen zu verhindern bzw. nicht durch die fehlenden Voraussetzungen für Haftung und Gewährleistungen zu scheitern. Gerade beim Dienst an hilfsbedürftigen Menschen ist Zwang keine gute Voraussetzung. Ein freiwilliges bezahltes Sozialjahr für 8.000 Personen mit 1.386 Euro Gehalt (14-mal im Jahr) würde diese wichtigen Aufgaben ungleich besser und wirkungsvoller erfüllen. Noch dazu muss aufgrund der sinkenden Geburtenrate bei gleichzeitig steigendem Anteil an älterer Bevölkerung ohnedies früher oder später eine Systemänderung auch beim Zivildienst erfolgen. Deutschland, welches die Wehrpflicht Mitte 2011 ausgesetzt hatte,

machte bisher mit dem als Ersatz für den Zivildienst eingeführten Bundesfreiwilligendienst durchwegs positive Erfahrungen. Dort können sich nunmehr auch Frauen und ältere Personen für einen Dienst an der Allgemeinheit einbringen. Der demografische Rückgang der jungen Österreicher, der Wehrdienst und Zivildienst gleichermaßen betrifft, wird also zwangsläufig dazu führen, dass wir in fünf Jahren nicht mehr genügend junge Leute haben, um beide Systeme im heutigen Umfang zu betreiben. Notwendig sind wohl durchdachte und rasche Änderungen. Realitätsverweigerung hilft uns hier nicht weiter.

Profi-Heer und freiwilliges bezahltes Sozialjahr sind fundierte Modelle und zukunftsfähiger als alle anderen bisherigen Vorschläge. Das Bundesheer ist aus offensichtlichen Gründen viel zu wichtig, als dass es zum Spielball parteitaktischer Manöver gemacht werden darf, um von anderen unangenehmen Problemen wie Korruptionsfällen und Finanzskandalen abzulenken. Daher erfordert die Diskussion eine Versachlichung statt parteipolitischer Vernebelung, sollten doch durch die Volksbefragung jene Grundlagen geschaffen werden, um die österreichische Sicherheitspolitik und unser Wehrsystem über die kommenden Jahre hinweg auf eine zeitgemäße, aufgabengerechte Basis zu stellen. Gesellschaftspolitisch sollte Österreich reif genug sein, seine Sicherheit ohne angeordnete Verpflichtung gewährleisten zu können. ■